

Schulwesen in Backnang in den 1920er-Jahren

Von Fabian Fleischmann

1. Bildungspolitische Positionen der Parteien zu Beginn der Weimarer Republik

1.1 Mehrheits-Sozialdemokratische Partei Deutschlands (MSPD)

Die SPD, auch Mehrheits-SPD genannt, war der größere Teil, der nach der Spaltung der SPD im Laufe der „Gothaer Konferenz“ von 6.–8. April 1917 von der ursprünglichen SPD übrig geblieben war. Die MSPD orientierte sich mehr zur Mitte und nicht zum linken Rand wie die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD). Grundlegend für das Schulprogramm der SPD waren die Bestimmungen des 1891 auf dem Parteitag in Erfurt verabschiedeten Programmes. Dort werden in Punkt 6 folgende Ziele genannt: *Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die Kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung als geeignet erachtet werden.*¹ Die darin enthaltenen Forderungen sind vor allem die Trennung von Staat und Kirche, Lehrmittelfreiheit und Abschaffung des Schulgeldes, außerdem Verpflichtung zum Besuch der Oberklassen der Volksschule und somit Sicherstellung einer abgeschlossenen Schulausbildung.

Auf dem Mannheimer Parteitag von 1906 sollte das Schulprogramm schließlich weiter ausgearbeitet werden. Mit dieser Arbeit wurden zwei Personen betraut: der ehemalige Realschullehrer

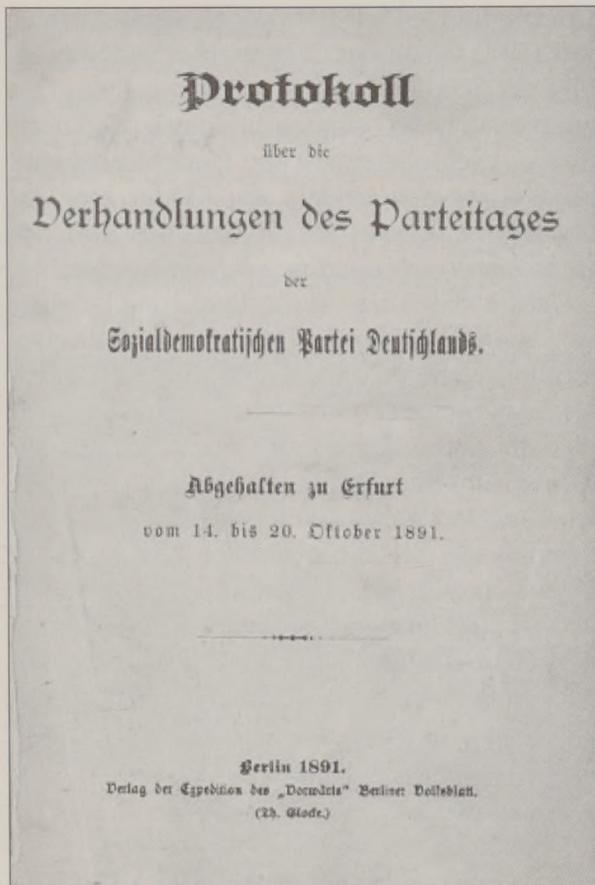
und Redakteur Heinrich Schulz (1872 bis 1932), seit 1906 Vorsitzender des Zentralausbildungsausschusses der SPD und die Frauenrechtlerin und Herausgeberin der sozialdemokratischen Frauenzeitschrift „Die Gleichheit“, Clara Zetkin (1857 bis 1933).² Beide vertraten die Meinung, dass die Volksschule in ihrer gegenwärtigen Form weit davon entfernt sei, *ein wirksames Organ wahrhafter Volksbildung zu sein*, vielmehr sei sie nur ein *Hilfsmittel der kapitalistischen Produktion zum Zwecke einer elementaren technischen Abrichtung der Arbeitermasse*. Demgegenüber sollte die sozialdemokratisch gestaltete Volksschule *in den Kindern nicht den künftigen Lohnsklaven und rechtlosen Proletarier sehen, sondern stattdessen alle geistigen und körperlichen Fähigkeiten zu möglichst hoher Vollendung entwickeln.*³ Schulz und Zetkin orientierten sich bei ihren Forderungen im Wesentlichen an Punkt 7 des Erfurter Programms und forderten zur Verbesserung des Schulsystems: *Schaffung eines Reichsschulgesetzes auf der Grundlage der Weltlichkeit und Einheitlichkeit des gesamten Schulwesens. Organische Angliederung der höheren an die niederen Bildungsanstalten. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Schulen. Beihilfe des Staates für die Weiterbildung befähigter aber unbemittelter Schüler ohne Beeinträchtigung der bürgerlichen Rechte der Eltern [...] Mitwirkung der Eltern und der Lehrerschaft bei der Schulverwaltung, Schulaufsicht [...] Materielle und soziale Hebung der Lage der Lehrer und Lehrerinnen [...] Universitätsausbildung für sämtliche Lehrer und Lehrerinnen an öffentlichen Volksschulen.*⁴

¹ Ludwig Richter: Kirche und Schule in den Beratungen der Weimarer Nationalversammlung, Düsseldorf 1996 (= Schriften des Bundesarchivs 47), S. 73.

² Zu Schulz siehe: Peter Braune: Die gescheiterte Einheitsschule. Heinrich Schulz. Parteisoldat zwischen Rosa Luxemburg und Friedrich Ebert, Berlin 2004. Zu Zetkin siehe: Florence Hervé (Hrsg.): Clara Zetkin oder: Dort kämpfen, wo das Leben ist, Berlin 2007.

³ Richter (wie Anm. 1), S. 74.

⁴ Ebd., S. 75.



Nicht nur in der Schulpolitik lange Zeit Grundsatzprogramm der SPD: Erfurter Programm von 1891.

Neu gegenüber dem Erfurter Programm von 1891 war die Forderung nach Beteiligung der Eltern und der Lehrer an der Verwaltung und Aufsicht der Schulen. Auch die soziale und materielle Besserstellung der Volksschullehrer war eine Forderung, die 1891 im Erfurter Programm noch nicht existiert hatte. Neu war auch die Forderung nach einer Universitätsausbildung für Lehrer und Lehrerinnen. Bis dahin durchliefen Volksschullehrer nur eine Ausbildung an einem Lehrerseminar. Die Frage der Lehrerbildung blieb in den 1920er-Jahren aktuell und verschwand nie ganz aus der Diskussion.

Obwohl die Ausarbeitungen von Schulz und Zetkin aufgrund einer Krankheit Zetkins auf dem Parteitag weder diskutiert noch über sie abgestimmt wurde, betrachtete man sie in den folgenden Jahren als das „Schulprogramm der

Sozialdemokratie“. Ähnlich wie bei der USPD waren aber Fragen des Bildungswesens angesichts der Novemberunruhen 1918 und der Bedrohung durch eine kommunistische Revolution auch für die MSPD zunächst völlig zweitrangig. Als die Ordnung wieder einigermaßen hergestellt war, konnte sie, obwohl stärkste Partei im Reichstag, die Reformen wie z. B. die strikte Trennung von Staat und Kirche, insbesondere der Schule und der Kirche, nicht durchsetzen, da ihr Koalitionspartner „in der Frage der Schulorganisation zu keinerlei Zugeständnissen bereit war“.⁵

1.2 Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD)

Die USPD spaltete sich im Laufe der „Gothaer Konferenz“ im April 1917 von der ursprünglichen SPD ab und erklärte sich für „unabhängig“, da sie mit ihrem Vorsitzenden Hugo Haase (1863 bis 1919) „offen den Kampf gegen die Fortführung des Krieges“ aufnehmen wollte.⁶ Die USPD sah sich als Vertreterin der Arbeiterklasse und war marxistisch geprägt, was sich auch an ihren Forderungen in Bezug auf das Schulwesen zeigte. Ihr Schulprogramm war im Wesentlichen auf den Forderungen des oben genannten Erfurter Programms der SPD aufgebaut. Auf dem außerordentlichen Parteitag der USPD im März 1919 wurden diese Forderungen weiter ausgestaltet und folgende Ziele formuliert: *Trennung von Kirche und Schule. Öffentliche Einheitschule mit weltlichem Charakter, die nach sozialistisch-pädagogischen Grundsätzen auszugestalten ist. Anspruch jedes Kindes auf die seinen Fähigkeiten entsprechende Ausbildung und Bereitstellung der hierzu erforderlichen Mittel.*⁷ Zu den Forderungen, die sich hieraus ergaben, gehörte vor allem die Abschaffung des Schulgeldes, da dieses trotz der Freiplätze, die Kinder schlechter verdienender Familien in Anspruch nehmen konnten, den Besuch einer höheren Schule sehr erschwerte.⁸

Ein weiterer wichtiger Aspekt war die allgemeine Chancengleichheit, die durch eine von allen – auch Mädchen – besuchte Einheitschule hergestellt werden sollte, wodurch grundsätzlich

⁵ Ebd., S. 76f.

⁶ Zu Haase siehe: Kenneth R. Calkins: Hugo Haase. Demokrat und Revolutionär, Berlin 1976.

⁷ Richter (wie Anm. 1), S. 69.

⁸ Ebd., S. 69ff.

die koedukative Erziehung befürwortet wurde. Trotz der oben genannten strikten Trennung von Staat und Kirche sollte jedoch die „Freiheit des religiösen Bekenntnisses“ gewährleistet bleiben, denn Religion werde „ausschließlich als persönliche Angelegenheit angesehen“ und die „konsequente Trennung von Staat und Kirche“ blieb weiterhin „leitender Grundsatz sozialistischer Kirchenpolitik“.⁹ Diese kritische Haltung gegenüber Religion und Kirche hatte mehrere Ursachen: Zum einen stammte diese Religionsfeindlichkeit von Karl Marx (1818 bis 1883), Begründer des Marxismus und bekennender Atheist, dessen Ideologie die USPD stark prägte. Zum anderen kämpfte die USPD gegen die evangelische und die katholische Kirche, weil diese als Machtmittel und Stütze des konservativ-feudalen Klassenstaates angesehen wurden.

Eine weitere Forderung der USPD war die Bildung von Lehrerräten nach dem Vorbild der



Hugo Haase bestimmte bis zu seiner Ermordung 1919 maßgeblich die Geschicke der USPD.

Arbeiter- und Soldatenräte der Novemberrevolution 1918, die an der Organisation und Verwaltung der Schulen beteiligt werden sollten. Der Lehrplan und die Lehrerausbildung sollten nach „sozialistisch-pädagogischen Gesichtspunkten“ gestaltet werden, sodass die Kinder eine *Erziehung im Geiste des Sozialismus* und der *Menschheitsverbrüderung* erhalten würden.¹⁰

Da die USPD nie an der Regierung beteiligt war, konnte sie ihr idealisiertes sozialistisches Schulideal fordern, ohne ihre Forderungen so abzuschwächen oder umzuändern, dass diese auch wirklich hätten durch- oder umgesetzt werden können: „Insofern diente das Schulprogramm in der Hauptsache dazu, sich gegenüber der Sozialdemokratie als die eigentlich sozialistische Partei zu profilieren.“¹¹ Es muss noch angemerkt werden, dass für die USPD Schul- und Bildungsfragen nur eine untergeordnete Rolle spielten, da für sie andere Fragen, wie z. B. die Friedensfrage, die Demobilisierung oder die Volksernährung, im Vordergrund standen.

1.3 Deutsche Demokratische Partei (DDP)

Die 1918 aus der Fortschrittlichen Volkspartei hervorgegangene DDP war eine linksliberale Partei und kann als die Vorläuferin der heutigen FDP angesehen werden.¹² Ein am 14. Dezember 1918 veröffentlichter „Wahlauf Ruf der DDP“ war in Bezug auf die künftige Schulpolitik sehr allgemein gehalten und gab keine konkreten Ziele an: *Den Tüchtigen dürfen weder Standesvorrechte noch Bürokratismus, weder Geldmacht noch Klassenvorurteile am Aufstieg hindern. Der Staat hat allen Befähigten die gleiche Ausbildung jeder Art auf Schule und Hochschule zu verbürgen. Denn nur der Tüchtige hat in einer freien Demokratie gerechten Anspruch auf Vorwärtkommen.*¹³

Allerdings hatte Georg Bernhard (1875 bis 1944), Mitbegründer der DDP und Mitglied des Vorstands¹⁴, bereits am 3. Dezember 1918 wesentlich konkretere und weiterführende Vor-

⁹ Ebd., S. 71.

¹⁰ Ebd., S. 70.

¹¹ Ebd., S. 71.

¹² Zur DDP siehe: Werner Stephan: Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus 1918 bis 1933. Die Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei, Göttingen 1973.

¹³ Richter (wie Anm. 1), S. 84.

¹⁴ Zu Bernhard siehe: Michael Klein: Georg Bernhard. Die politische Haltung des Chefredakteurs der „Vossischen Zeitung“ 1918 bis 1930, Frankfurt a. M. 1999 (= Europäische Hochschulschriften Reihe III: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften 822).

schläge ausgearbeitet. Seine *Grundlinien zu einem demokratischen Parteiprogramm* beinhalten die Forderung nach einem *obligatorischen und unentgeltlichen Besuch der Staatsschulen* und die Forderung nach der *Einheitsschule*, denn diese sei die *Grundlage der Staatsschule*. In der Frage des Religionsunterrichts schlug Bernhard die Einführung eines *unkonfessionellen ethischen Unterrichts* vor.¹⁵



Georg Bernhard, Mitbegründer der DDP und Mitglied des Vorstands.

Das endgültige Schulprogramm, mit dem die DDP zur Wahl zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 antrat, lautete wie folgt: *Die Einheitsschule und in ihr das unbeschränkte Recht jedes Kindes auf Bildung und Erziehung nach Maßgabe seiner Fähigkeiten und seines Bildungswillens ohne Rücksicht auf Vermögen, Stand und Glauben der Eltern; Beseitigung aller kirchlichen Aufsichtsräte und jedes Glaubens- und Gewissenszwanges für Lehrer und Schüler; Abtrennung aller kirchlichen Dienstleistungen vom Lehramt [...], eine oberste Reichsbehörde für Schul- und Bildungswesen, der ein aus Lehrern und Nichtlehrern zusammengesetzter Erziehungsrat zur Seite steht.*¹⁶

Nach Vorstellungen der DDP sollte die Einheitsschule lediglich den „einheitlichen Rahmen eines organisatorischen Aufbaus“ bilden, die einzelnen Schulen jedoch durchaus „ihren selbstständigen Standort“ behalten. Dadurch sollte den Tüchtigen und Intelligenten der Aufstieg ermöglicht und erleichtert werden. Die MSPD stand dieser Vorstellung kritisch gegenüber, da nach ihrer Auffassung „eine ausschließliche Differenzierung der Schule nach Begabung deren Einheitlichkeit zerstöre und letztlich eine neue Klassenteilung zwischen Gebildeten und Ungebildeten entstehen lasse“.¹⁷ Trotz dieses Konfliktes waren sich aber die Vorstellungen der DDP und der MSPD in Bezug auf die Umgestaltung des Schulsystems sehr ähnlich und standen in totalem Gegensatz zu denen des Zentrums oder der Deutschen Volkspartei.

Die Haltung der DDP zur Frage des Religionsunterrichts war jedoch sehr uneinheitlich: So wurde einerseits die *Einführung eines unkonfessionellen ethischen Unterrichts*, andererseits statt der Abschaffung des Religionsunterrichts die *Einführung eines fakultativen religionsgeschichtlichen Unterrichts* vorgeschlagen, womit man den „Ansprüchen der konfessionellen Kreise“ entgegenkommen wollte. Obwohl die DDP „hinsichtlich der Trennung von Staat und Kirche einen betont gemäßigten Kurs“ verfolgte, wurde sie während des Wahlkampfes von den konfessionellen Kreisen sowie der religiösen und rechten Parteien aufs Schärfste kritisiert. Zum Leidwesen der DDP gelang es ihr aber nicht, sich gegen

¹⁵ Richter (wie Anm. 1), S. 85.

¹⁶ Ebd.

¹⁷ Ebd., S. 86.

diese Wahlpropaganda zu behaupten, die darauf abzielte, sie „als kirchen- und religionsfeindlich abzustempeln“ und sie somit, ähnlich der MSPD, als „für Christen nicht wählbar“ abzustempeln.¹⁸

1.4 Deutsche Zentrumspartei (Zentrum)

Das 1870 gegründete Zentrum kann als Vorläufer der CDU/CSU angesehen werden, war jedoch wesentlich religiöser geprägt.¹⁹ Es verstand sich vor allem als eine katholische Partei, für die religiöse Themen eindeutig im Vordergrund standen, was ihr den Vorwurf einbrachte, „keine Partei, sondern lediglich eine konfessionelle Vereinigung“ zu sein.²⁰ Dem entsprechen auch die schul- und bildungspolitischen Ideen, die zum Teil in den *Leitsätzen der Deutschen Zentrumspartei* vom 30. Dezember 1918 veröffentlicht wurden. Man war der Ansicht, dass das deutsche Volk gerade in diesen furchtbaren Stürmen [...] mehr als je erfüllt sein [sollte] von dem Geist der christlichen Wahrheit, der das öffentliche wie das private Leben durchdringen muss. Man forderte weiter: *Erhaltung und Kräftigung des christlichen Kultur- und Erziehungsideals im Volksleben. Wahrung des Rechts der Eltern und der Religionsgesellschaften auf die Erziehung der Kinder. Erhaltung der Konfessionsschule. Sicherung eines genügenden Religionsunterrichts an allen Schulen. Freiheit des Unterrichts [...]. Freie Bahn zum Aufstieg der Tüchtigen aus allen Volksschichten. Beseitigung eines überlebten Berechtigungswesens und des Kastengeistes im Schulwesen.*²¹

Der Zentrumspartei ging es in erster Linie um die Erhaltung der Konfessionsschule, da die Kirche bei einer drohenden Abschaffung des Religionsunterrichts um ihre Machtposition fürchtete. Entsprechend wurde der Wahlkampf unter dem Motto *Die Religion ist in Gefahr* geführt. Die Verengung auf das zentrale Ziel der Erhaltung der Konfessionsschule hatte einer-

seits den Vorteil der einfachen Finanzierbarkeit, führte andererseits jedoch dazu, dass das Zentrum in dieser Hinsicht völlig kompromisslos war.²²

1.5 Deutsche Volkspartei (DVP)

Die Forderungen der 1918 gegründeten nationalliberalen DVP²³ in Bezug auf das Schulsystem waren die Aufhebung der geistlichen Ortsschulaufsicht, die einer hauptamtlichen Fachaufsicht weichen sollte, die Beibehaltung des Religionsunterrichts und die Anhebung des allgemeinen Bildungsniveaus. Man forderte *mehr vaterländische Würde und Ehre* und wollte den Unterricht mit *deutscher Gesinnung* füllen. Unter dem Begriff „Einheitsschule“, den man ebenso wie beispielsweise DDP oder MSPD verwendete, verstand die DVP einen *reichgegliederten und vielgestaltigen Aufbau des deutschen Schulwesens*, der eine *deutsche Gesinnung* vermitteln sollte. Im Wahlkampf versuchte man vor allem die DDP zu diffamieren, die man als *rechten Flügel* der Sozialdemokratie bezeichnete.²⁴

1.6 Deutschnationale Volkspartei (DNVP)

Bei der 1918 gegründeten nationalkonservativen DNVP lag die Betonung noch stärker auf der „nationalen Gesinnung“ als bei der DVP.²⁵ In ihrem Gründungsauftrag forderte sie eine *Vereinigung der Kräfte des nationalen Gedankens mit denen des Christentums*, da nur so das deutsche Volk aus dem Jammer dieser Tage herausgeführt werden und *kommenden Geschlechtern eine bessere Zukunft* gesichert werden könnte.²⁶ Da der DNVP nicht an Veränderungen, wie z. B. der Abschaffung des Religionsunterrichts oder der Aufhebung der Konfessionsschulen gelegen war, richtete sich ihre Agitation im Wahlkampf vor allem gegen die MSPD und die DDP, die aufgrund ihrer Reformvorhaben als „Kirchenfeinde“

¹⁸ Ebd., S. 93.

¹⁹ Zum Zentrum siehe: Winfried Becker (Hrsg.): Die Minderheit als Mitte. Die Deutsche Zentrumspartei in der Innenpolitik des Reiches 1871 bis 1933 (= Beiträge zur Katholizismusforschung Reihe B: Abhandlungen), Paderborn u. a. 1986.

²⁰ Richter (wie Anm. 1), S. 96.

²¹ Ebd., S. 94 f.

²² Ebd., S. 102 f.

²³ Zur DVP siehe: Ludwig Richter: Die Deutsche Volkspartei 1918 bis 1933, Düsseldorf 2002.

²⁴ Richter (wie Anm. 1), S. 103 bis 108.

²⁵ Zur DNVP siehe: Friedrich Freiherr Hiller von Gaertringen: Die Deutschnationale Volkspartei. – In: Erich Mathias/Rudolf Morsey (Hrsg.): Das Ende der Parteien. Darstellungen und Dokumente, Düsseldorf 1984, S. 543 bis 652.

²⁶ Richter (wie Anm. 1), S. 111.

und Interessenvertreter des „Internationalen Judentums“ beschimpft wurden.

In der Schulpolitik hielt man allgemein eine *weitgehende Fürsorge für die Volksschule als Grundlage der Bildung des Volkes* für notwendig und forderte deren finanzielle Besserstellung. Auch der Lehrerstand sollte eine *wirtschaftliche, soziale und wissenschaftliche Hebung* erfahren. Weiterhin forderte die DNVP einen *Aufstieg der Begabten* und die *entschlossene Wahrung des christlichen und nationalen Charakters der*

Schule. Diese starke Betonung des *nationalen Charakters* war ein Punkt, der das Schulprogramm der DNVP deutlich von dem anderer Parteien unterschied.²⁷

2. Schulpflicht

Schulpflichtig waren in der Weimarer Republik alle Kinder, die bis zum 30. April des jeweiligen Jahres das sechste Lebensjahr vollendet

Vierter Abschnitt

Bildung und Schule

Artikel 142

Die Kunst, die Wissenschaft und ihre Lehre sind frei. Der Staat gewährt ihnen Schutz und nimmt an ihrer Pflege teil.

Artikel 143

Für die Bildung der Jugend ist durch öffentliche Anstalten zu sorgen. Bei ihrer Einrichtung wirken Reich, Länder und Gemeinden zusammen.

Die Lehrerbildung ist nach den Grundsätzen, die für die höhere Bildung allgemein gelten, für das Reich einheitlich zu regeln.

Die Lehrer an öffentlichen Schulen haben die Rechte und Pflichten der Staatsbeamten.

Artikel 144

Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates; er kann die Gemeinden daran beteiligen. Die Schulaufsicht wird durch hauptamtlich tätige, fachmännisch vorgebildete Beamte ausgeübt.

Artikel 145

Es besteht allgemeine Schulpflicht. Ihrer Erfüllung dient grundsätzlich die Volksschule mit mindestens acht Schuljahren und die anschließende Fortbildungsschule bis zum vollendeten achtzehnten Lebensjahre. Der Unterricht und die Vermittel in den Volksschulen und Fortbildungsschulen sind unentgeltlich.

Artikel 146

Das öffentliche Schulwesen ist organisch auszugestalten. Auf einer für alle gemeinsamen Grundschule baut sich das mittlere und höhere Schulwesen auf. Für diesen Aufbau ist die Mannigfaltigkeit der Lebensberufe, für die Aufnahme eines Kindes in eine bestimmte Schule sind seine Anlage und Reigung, nicht die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung oder das Religionsbekenntnis seiner Eltern maßgebend.

Ausschnitt aus der Weimarer Verfassung von 1919.

²⁷ Ebd., S. 109.

hatten. Schulbeginn war der 1. Mai. Davon ausgenommen waren schulpflichtige Kinder, die nach dem Urteil von Eltern und Lehrern und nach dem Zeugnis des Schularztes, das in zweifelhaften Fällen unerlässlich ist, noch nicht schulreif sind. Diese Kinder konnten um ein Jahr zurückgestellt werden.²⁸ Auf der anderen Seite konnten Kinder auch schon früher eingeschult werden, wenn dieselben gehörig entwickelt sind und innerhalb von fünf Monaten nach dem Aufnahmetermin das sechste Lebensjahr vollenden.²⁹ Auch diese Kinder waren grundsätzlich bis zu der auf das vollendete 14. Lebensjahr folgenden Schulentlassung schulpflichtig und konnten nur in Ausnahmefällen vor diesem Zeitpunkt nach Durchlaufen von acht Schuljahren und jedenfalls nur bei mindestens befriedigendem Schulerfolg aus der Schule entlassen werden.³⁰

Nach Artikel 145 der Weimarer Verfassung sollten die Kinder grundsätzlich die Volksschule mit mindestens acht Schuljahren und die anschließende Fortbildungsschule bis zum vollendeten achtzehnten Lebensjahre besuchen.³¹ Allerdings gab es bei der Umsetzung durchaus Ausnahmen: So räumte man in Württemberg den Volksschulen eine Frist bis 1928 ein, um die achtjährige Schulpflicht umzusetzen.³² In Backnang hielt man sich genau an diese Frist und führte das achte Schuljahr erst zu Beginn des Schuljahrs 1928 ein.³³ Da diese Übergangsfrist in Württemberg durchaus verschieden ausgeschöpft wurde, gab es Orte mit unterschiedlicher Schulzeitdauer. Um einen etwaigen Missbrauch auszuschließen, wurde folgende Regelung getroffen: *Wenn ferner deutlich ist, daß Erziehungsberechtigte an einem Ort mit achtjähriger Schulpflicht diese etwa durch vorübergehende Weggabe eines Kindes in einen Ort mit nur siebenjähriger Schulpflicht umgehen wollen, so ist ein solches Kind bei der Rückkehr an den früheren*

*Ort wieder zum Besuch der Volksschule bis zur Erfüllung der achtjährigen Schulpflicht auch dann anzuhalten, wenn es an dem Orte mit nur siebenjähriger Schulpflicht bereits förmlich aus der Schule entlassen sein sollte.*³⁴

Nach Abschluss der Volks- oder Mittelschule waren die Schüler noch bis zu ihrem 18. Lebensjahr zum Besuch einer Fortbildungsschule (Gewerbeschule, allgemeine Fortbildungsschule, landwirtschaftliche Winterschule, Haushaltungsschule) verpflichtet.³⁵

3. Volksschulen

In den 1920er-Jahren wurden die Kinder, die in Württemberg die Volksschule besuchten, noch nach Konfessionen getrennt. Im Volksschulgesetz von 1909, das noch immer Gültigkeit besaß, war geregelt: *In Orten, wo sich Einwohner verschiedener Glaubensbekenntnisse befinden und für die Angehörigen der Konfession der Minderzahl eine eigene Volksschule besteht, haben die schulpflichtigen Kinder der letzteren die Schule ihrer Konfession zu besuchen.*³⁶ Obwohl die Bevölkerung Backnangs überwiegend evangelisch war, gab es eine kleine katholische Minderheit und dementsprechend auch eine katholische Volksschule.³⁷

3.1 Katholische Volksschule

An der katholischen Volksschule Backnang, die im Keller der heutigen Schillerschule untergebracht war, wurden – wie an allen Volksschulen in Württemberg – folgende Fächer unterrichtet: *deutsche Sprache mit Lesen und Schreiben, Rechnen und Raumlehre, Geschichte, Erd- und Naturkunde, Singen und Zeichnen, für die Knaben Turnen, für die Mädchen einfache Leibes-*

²⁸ Amtsblatt des Württembergischen Ministeriums des Kirchen- und Schulwesens 1920, S. 187.

²⁹ Regierungsblatt Württemberg 1909, S. 180.

³⁰ Amtsblatt (wie Anm. 28), S. 187.

³¹ Reichsgesetzblatt 1919, S. 1410.

³² Regierungsblatt Württemberg 1920, S. 293 (Art. 2) u. 298 (Art. 22).

³³ StAB Bac G 003-2, S. 834 ff.

³⁴ Amtsblatt (wie Anm. 28), S. 186.

³⁵ Frank J. Hennecke: Schulgesetzgebung in der Weimarer Republik, Köln 1991, S. 1 ff.

³⁶ Regierungsblatt Württemberg 1909, S. 180.

³⁷ Nach der Volkszählung von 1925 hatte das Oberamt Backnang 30043 Einwohner, von denen 94,37 % evangelischen, 3,05 % katholischen und 0,03 % jüdischen Glaubens waren. In der Stadtgemeinde Backnang mit ihren 8811 Einwohnern dürfte das Verhältnis ganz ähnlich gewesen sein. Statistisches Handbuch für Württemberg. Hg. vom Statistischen Landesamt, Stuttgart 1928, S. 22 u. 260.

übungen, ferner weibliche Handarbeit. Einzig das ebenfalls noch unterrichtete Fach Religions- und Sittenlehre unterschied sich in den beiden konfessionellen Volksschulen.³⁸ An der katholischen Volksschule in Backnang gab es Anfang der 1920er-Jahre nur einen Lehrer, Hauptlehrer Konstantin Trah (1886 bis 1953),³⁹ der alle rund 60 Schülerinnen und Schüler, gleich welcher Klassenstufe und welchen Geschlechts, zusammen in einer Klasse unterrichtete.⁴⁰ Durch das gemeinsame Lernen aller Klassenstufen litt aufgrund der Klassengröße und des unterschiedlichen Alters der Schüler die Qualität des Unterrichts. Besonders nachteilig war dies für Schüler, die nach der Grundschule auf die Realschule mit Lateinabteilung wechseln wollten, da sie die gleiche Aufnahmeprüfung wie die Schüler der evangelischen Volksschule absolvieren mussten, die in wesentlich kleineren Klassen mit rund 40 Schülern unterrichtet wurden. Deshalb führte man im Sommer 1922 den Abteilungsunterricht ein, d. h. die Klasse wurde in verschiedene Abteilungen unterteilt und dann teilweise getrennt

unterrichtet. Dies bedeutete gleichzeitig, dass Hauptlehrer Trah vier zusätzliche Wochenstunden bewilligt wurden. Allerdings stellte man schnell fest, dass der Abteilungsunterricht, *von den einmaligen Einrichtungskosten abgesehen, höhere Aufwendungen als eine weitere Lehrstelle, die in der Hauptsache vom Staat bestritten würde, verursachen würde.* Deshalb diskutierte man im Gemeinderat darüber, ob nicht eine zweite Lehrstelle eingerichtet werden oder man gleich die katholische in die evangelische Volksschule integrieren sollte, was *auch von vielen Eltern der katholischen Schule gewünscht würde.* Aufgrund der Schwierigkeiten, einen weiteren Schulraum zur Verfügung zu stellen, der für einen zweiten Lehrer benötigt worden wäre, beschloss man am 12. Juli 1923 jedoch *die Errichtung einer 2ten Lehrstelle an der katholischen Volksschule nochmals zurückzustellen.* Als zum Schuljahr 1928 das achte Schuljahr eingeführt wurde, konnte man schließlich nicht mehr anders und richtete am 15. Oktober 1928 eine zweite Lehrstelle ein, die mit Emma Abele besetzt wurde.⁴¹



Im Volksschulkomplex in der Bahnhofstraße waren in den 1920er-Jahren sowohl die evangelische als auch die katholische Volksschule untergebracht.

³⁸ Regierungsblatt Württemberg 1909, S. 178.

³⁹ StAB Familienregister Backnang 16, Bl. 30.

⁴⁰ Das Folgende entstammt, sofern nicht anders angegeben: StAB Bac F 049-1, Bü 8.

⁴¹ Emma Abele wurde 1901 in Neuenstein/OA Öhringen geboren und heiratete 1932 den späteren Landrat des Landkreises Backnang Karl Limbeck (1894 bis 1963). StAB Alte Einwohnermeldekartei, Karte „Emme Abele“.



Die frühere Trennung nach Geschlechtern in der evangelischen Volksschule lässt sich noch heute an den Eingängen der Pestalozzischule und Schillerschule ablesen.

3.2 Evangelische Volksschule

Im Gegensatz zur katholischen wurden die Jungen und Mädchen in der evangelischen Volksschule getrennt unterrichtet. Die Mädchen waren im heutigen Schillerschulgebäude untergebracht, die Jungen im Gebäude der heutigen Pestalozzischule. Noch heute steht über den Eingängen, die der katholischen Kirche St. Johannes zugewandt sind, „Mädchen-Schule“ bzw. „Knaben-Schule“. Im Vergleich zur relativ kleinen katholischen Volksschule mit nur einer Klasse und rund 60 Schülern war die evangelische Volksschule wesentlich größer: Sie wurde 1921 von 818 Schülern besucht, wovon 312 Jungen in sieben Knabenklassen, 432 Schülerinnen in neun Mädchenklassen und 74 Schüler in zwei gemischten Klassen unterrichtet wurden. Die durchschnittliche Schülerzahl pro Klasse betrug etwa 45.⁴²

Normalerweise wurden die Klassen nach Geschlechtern getrennt. An den zwei gemischten Klassen kann man jedoch erkennen, dass in Ausnahmefällen, wenn z. B. Lehrermangel herrschte oder ein Jahrgang aus 60 Jungen und 60 Mädchen bestand, statt vier Klassen mit je 30 Schülern eher eine Knabenklasse, eine Mädchenklasse und eine gemischte Klasse mit jeweils 40 Schülern eingerichtet wurden.⁴³ Die evangelischen Volksschüler wurden mehrklassig unterrichtet, d. h. für jeden Jahrgang wurde eine Klasse eingerichtet.

Die Volksschule gliederte sich in zwei Teile, zum einen in die Grundschule, die sich von der ersten bis zur vierten Klasse erstreckte und zu deren Besuch jeder verpflichtet war, zum anderen in die Oberklassen der Volksschule, die nur eine geringe Bildung boten. Allerdings musste für den Besuch dieser Oberklassen kein Schulgeld bezahlt werden, weshalb sie zumeist von Arbeiterkindern oder Kindern aus ärmeren sozialen Schichten besucht wurden.⁴⁴ Deshalb übten die meisten Volksschüler nach dem Verlassen der Schule niedere Berufe wie den des einfachen Industriearbeiters aus.⁴⁵

4. Höhere Schulen

4.1 Aufnahmeprüfung

Wer nach Beendigung der Grundschule, der vierten Klasse der Volksschule, auf die Realschule mit Lateinabteilung oder die Mittelschule wechseln wollte, musste eine Aufnahmeprüfung ablegen, bei der getestet wurde, ob der Schüler genug Wissen aus den vier Grundschuljahren mitbrachte, um die höhere Schule erfolgreich zu absolvieren. Der Lehrer gab im Endzeugnis der vierten Klasse eine Empfehlung, ob das Kind für den Übertritt in eine höhere Schule geeignet war. Da er die Kinder oft über vier Jahre unterrichtet

⁴² StAB Bac F 049-1, Bü 7. Zur evangelischen Volksschule in Backnang zwischen 1918 und 1933 siehe auch: Heinz Rauscher: Das Volksschulwesen in Backnang 1880 bis 1952 (3. Teil). - In: BJB 11, 2003, S. 106 bis 116.

⁴³ Information von Heinz Rauscher, Backnang.

⁴⁴ Ebd.

⁴⁵ Information von Friedel Rost, Backnang.

hatte, konnte er sehr genau einschätzen, ob die Kinder die Aufnahmeprüfung bestehen würden. Da ein Lehrer damals sehr angesehen war und viel Autorität genoss, hielt man sich im Allgemeinen an seine Empfehlungen und es kam nur selten vor, dass ein vorgeschlagener Schüler durch die Aufnahmeprüfung fiel.⁴⁶ Die Prüfungen hatten wohl auch eher den Zweck, *die aller ungeeignetsten Schüler auszuschneiden*.⁴⁷

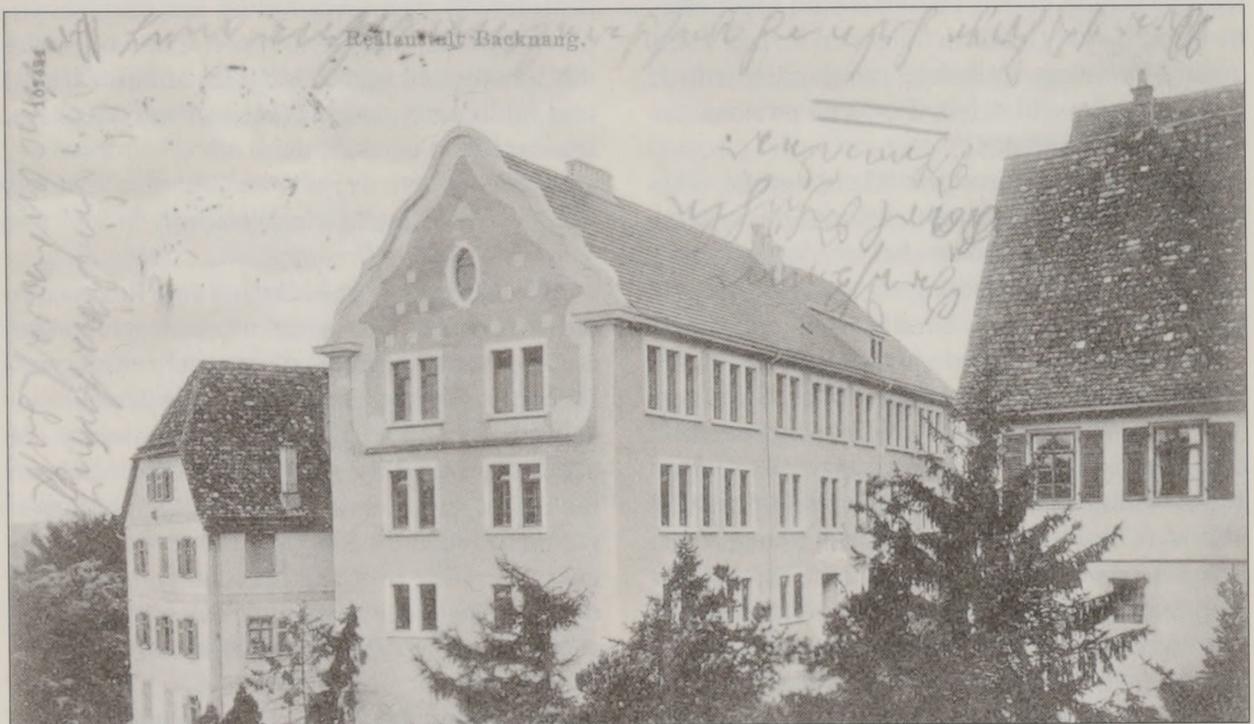
4.2 Realschule mit Lateinabteilung

Nach erfolgreicher Aufnahmeprüfung konnten Schüler beider Konfessionen in die Realschule mit Lateinabteilung wechseln, wo sie gemeinsam unterrichtet wurden. Seit 1907 durften auch Mädchen die Realschule besuchen.⁴⁸ Die Backnanger Realschule war im Bandhaus untergebracht, aber aufgrund von Platzmangel wurden weitere Klassen im Turmschulhaus oder im Gebäudekomplex der Volksschule in der Bahnhofstraße eingerichtet. 1922 waren beispielsweise von den damals drei-

zehn Klassen elf im Band- und Turmschulhaus und zwei Klassen im „Neuen Schulhaus“, der heutigen Schillerschule untergebracht.⁴⁹

An der Realschule erhielten die Schüler Unterricht in den Fächern evangelische oder katholische Religion, Deutsch, Geschichte, Naturgeschichte, Heimat- und Erdkunde, Mathematik, Physik, Chemie, Zeichnen und Musik. Die Realschüler wurden außerdem in den Sprachen Französisch und Englisch unterrichtet, die Realschüler mit Lateinabteilung erhielten Fremdsprachenunterricht in Französisch, Latein und Englisch oder in Französisch, Latein und Griechisch.⁵⁰ In den 1920er-Jahren konnten die Schüler der Lateinabteilung, laut Aussage einer ehemaligen Schülerin, nicht mehr zwischen Englisch und Griechisch wählen, sondern mussten Englisch lernen.⁵¹

Der Abschluss, den man mit dem Besuch der Realschule erreichen konnte, hieß zunächst noch „Einjähriges“, wurde im Laufe der 1920er-Jahre dann in „Mittlere Reife“ umbenannt.⁵² Die



„Realanstalt Backnang“ im 1905 aufgestockten Bandhaus mit seinem schönen Jugendstilgiebel.

⁴⁶ Information von Heinz Rauscher, Backnang. Siehe auch: MB vom 18. Februar 1926.

⁴⁷ StAB Bac F 049-1, Bü. 7.

⁴⁸ Gerhard Fritz: Vom Lateinunterricht des Stifts (13. Jahrhundert) bis zur Realschule mit Lateinabteilung (1904/05 bis 1933). – In: 450 Jahre Lateinschule Backnang. Jubiläumsschrift des Max-Born-Gymnasiums Backnang, Backnang 1989, S. 15 bis 41, hier: S. 33.

⁴⁹ StAB Fac F 048-1, Bü 5.

⁵⁰ Fritz (wie Anm. 48), S. 30.

⁵¹ Information von Friedel Rost, Backnang.

⁵² Siehe dazu Kapitel 4.2.3.

Prüfung zum „Einjährigen“ legte man am Ende der sechsten Realschulklasse, der zehnten Klasse insgesamt, ab. Mit dem Schuljahr 1925/26 konnten die Schüler der Realschule Backnang dann die siebte (elfte) Klasse und ab dem Schuljahr 1927/28 auch die achte (zwölfte) Klasse besuchen.⁵³ Da man das Abitur aber erst Ende der neunten (dreizehnten) Klasse ablegen konnte, musste man diese Klasse auf einer auswärtigen Realschule mit neunter Klasse oder einem Vollgymnasium absolvieren.⁵⁴ Zwar wurde auch schon in den 1920er-Jahren über die Einführung eines neunten Schuljahrs in der Realschule diskutiert, allerdings sollte es noch bis März 1939 dauern, ehe der erste Abiturjahrgang eine Backnanger Schule verlassen konnte.⁵⁵

Die Klassen an der Realschule waren wesentlich kleiner als in der Volksschule. Während die Durchschnittsklassengröße der evangelischen Volksschule bei 45 Schülern lag, belief sich der Klassendurchschnitt der Realschule 1922 auf gerade einmal 25 Schüler. Dieser Schnitt ist für die Realschule in den 1920er-Jahren sogar relativ hoch, da die Gesamtschülerzahl im Jahr 1922 zwar 323 betrug, in den Jahren danach jedoch rückläufig war und sich im Bereich von rund 260 Schülern einpendelte.⁵⁶

Aufgrund der geringen Klassengröße, des hohen Niveaus des Unterrichts und des großen Sprachangebots erhielten die Schüler der Realschule mit Lateinabteilung die beste Schulausbildung in Backnang. Dies spiegelt sich auch im Schulgeld wider, denn im Gegensatz zu den Volksschulen, deren Besuch kostenlos war, musste an der Realschule Schulgeld bezahlt werden. Das Schulgeld betrug in Backnang z. B. ab dem 1. September 1921 jährlich 180 M (Klasse I), 240 M (Klassen II–V) und 300 M (Klasse VI).⁵⁷ Aufgrund der fehlenden Lehrmittelfreiheit kamen zum Schulgeld noch Kosten für Hefte und Bücher hinzu. Da neue Bücher teuer waren, war es üblich, die gebrauchten Bücher den Schülern der oberen Klassen abzukaufen und gleichzeitig die eigenen Bücher an die Schüler der unteren Klas-

sen weiterzuverkaufen. Da das Schulgeld und das Geld für die Lernmittel eine große finanzielle Zusatzbelastung darstellte, konnten meist nur Besserverdienende ihre Kinder auf die Realschule schicken. So besuchten vor allem Kinder von Beamten und Selbstständigen, wie z. B. Kaufleute oder Juristen, die Realschule.⁵⁸ Das Schulgeld war auch ein Grund dafür, dass die Schülerzahlen nach dem Ersten Weltkrieg zunächst in die Höhe schnellten und 1923 dann wieder deutlich schrumpften: Während des Ersten Weltkriegs stiegen zwar die Löhne, das Geld konnte aber wegen des „ständig schrumpfenden Warenangebots“ nur schlecht ausgegeben werden und lag „nutzlos auf den Sparkonten“. So schien die Verwendung des Geldes als Schulgeld als eine der wenigen sinnvollen Verwendungsmöglichkeiten. Dies war neben dem starken Geburtenjahrgang mit ein Grund für den starken Anstieg der Schülerzahl von 205 (1918) auf 323 (1922). Doch die Inflation von 1923 „vernichtete die wirtschaftliche Existenz vieler Familien“, was dazu führte, dass viele Kinder von den kostenpflichtigen Schulen genommen wurden. So fiel die Schülerzahl von 323 (1922) auf 260 (1924) und blieb nach diesem Einbruch bis 1929 fast konstant.⁵⁹

4.2.1 Warum eine Lateinabteilung?

Um 1900 gab es in Backnang eine Realschule, die den Schülerandrang kaum bewältigen konnte, und eine Lateinschule, die nur sehr dürtig besucht war. Da zu dieser Zeit das „Einjährige“ eingeführt und im Zuge dieser Maßnahmen die Schulen erweitert werden sollten, benötigte man die Lehrer der Lateinschule, weswegen diskutiert wurde, ob man die Reallateinschule, die bereits zwischen 1874 und 1880 bestanden hatte, wieder einführen oder ob man die Lateinschule ganz schließen sollte. Bei der Lösung des Problems orientierte man sich schließlich an Crailsheim. Dort hatte es ähnliche Verhältnisse gegeben und man hatte sich entschlossen, eine Realschule mit

⁵³ Fritz (wie Anm. 48), S. 31 f.

⁵⁴ Information von Luise Mattenklodt, Backnang.

⁵⁵ Rolf Königstein: Von der Realschule zum Gymnasium (1933 bis 1958). – In: 450 Jahre Lateinschule (wie Anm. 48), S. 42 bis 70, hier: S. 49 f.

⁵⁶ Fritz (wie Anm. 48), S. 31.

⁵⁷ StAB Bac F 048-1, Bü 5.

⁵⁸ Information von Friedel Rost, Backnang.

⁵⁹ Fritz (wie Anm. 48), S. 31.



Der Backnanger „Einjährig-Freiwilligen“-Prüfungsjahrgang 1912/13 mit den beiden Lehrern Dr. Ludwig Wendelstein (links) und Rektor Gustav Adolf Mergenthaler (rechts).

angegliederter Lateinabteilung zu schaffen. Diese Lösung bot die Möglichkeit, die Lehrer der Lateinschule für die Realschule zu nutzen, ohne die Lateinschule abschaffen zu müssen. Aus diesem Grund wurde diese Lösung auch in Backnang umgesetzt. Die Schüler der Lateinabteilung wurden mit den Realschülern zusammen unterrichtet und nur im Fach Latein erhielten sie gesonderten Unterricht.⁶⁰ Die Lateinabteilung wurde vor allem von Schülern besucht, die planten, später Berufe wie z. B. Jurist, Mediziner oder Pfarrer zu ergreifen, da man für diese Studien das Latinum benötigte.⁶¹

4.2.2 Chancen für Ärmere

Da für weiterführende Schulen wie der Mittelschule für Mädchen oder der Realschule mit Lateinabteilung Schulgeld bezahlt werden musste, die meisten Familien in den 1920er-Jahren, zumal nach der Inflation, nicht über viel Geld verfügten, war das Schulgeld für viele Familien eine große Belastung.⁶² An der Realschule mit

Lateinabteilung war deshalb vorgesehen, Kinder aus ärmeren Familien oder aus Familien, die aus anderen Gründen, wie z. B. plötzliche Arbeitsunfähigkeit oder Arbeitslosigkeit, das Schulgeld nicht mehr bezahlen konnten, einen Freiplatz zugestehen. So konnten die Lehrer pro Klasse einen Freiplatz vergeben. Nicht allein die schlechte finanzielle Situation eines Schülers entschied über einen solchen Freiplatz, sondern auch eine „gute Begabung“ und ein „tadelloses Verhalten“.⁶³ Da man aber mit der Beantragung eines Freiplatzes seine schlechte finanzielle Situation eingestand und laut einer Zeitzeugin „ins Gerede kam“, sparte sich wohl manche Backnanger Familie lieber das Geld vom Munde ab oder verzichtete ganz.⁶⁴ Oftmals wurden die Kinder aufgrund der finanziellen Schwierigkeiten von der teuren Realschule genommen und auf die kostenlosen Oberklassen der Volksschule geschickt. Damit nahm man allerdings wesentlich schlechtere Berufsaussichten in Kauf, da in der Volksschule, wie bereits ausgeführt, keine mittlere Reife abgelegt werden konnte.

⁶⁰ Ebd., S. 29.

⁶¹ Information von Friedel Rost, Backnang.

⁶² Information von Heinz Rauscher, Backnang.

⁶³ Fritz (wie Anm. 48), S. 34.

⁶⁴ Information von Friedel Rost, Backnang.

4.2.3 Das „Einjährige“

Im Deutschen Kaiserreich musste jeder Mann normalerweise einen Wehrdienst von zwei Jahren ableisten. Diesen Wehrdienst konnte man jedoch verkürzen, indem man die „Einjährig-Freiwilligen Prüfung“ am Ende der sechsten Realschulklasse (insgesamt zehnte Klasse) ablegte. Dadurch verkürzte sich der Wehrdienst um ein Jahr und die Chancen in das Reserveoffizierskorps aufzusteigen verbesserten sich.⁶⁵

In Backnang konnte das „Einjährige“ lange Zeit nicht abgelegt werden und die Schüler mussten deshalb auf eine auswärtige Schule gehen. Da dies sehr kostenintensiv war, konnten es sich viele Familien nicht leisten, weshalb man das „Einjährige“ 1906 auch in Backnang einführte. Obwohl die Wehrpflicht mit der Weimarer Verfassung abgeschafft wurde, hielt sich die Bezeichnung „Einjähriges“ noch bis zur Einführung der „Mittleren Reife“.⁶⁶

Die Prüfung fand im Februar oder März statt. Geprüft wurde zuerst schriftlich in Englisch, Deutsch, Mathematik und Französisch. Danach wurde man noch in einigen Fächern mündlich geprüft. Bei dieser mündlichen Prüfung waren immer der Fachlehrer, der Rektor der Realschule und ein Prüfer des Oberschulamtes anwesend, der den Schülern Aufgaben stellte, die entweder nur mündlich oder auch an der Tafel gelöst werden mussten. Die Prüfungszeit betrug zehn Minuten. Anschließend legte der Prüfer die Note des „Einjährigen“ fest, die sich größtenteils aus der schriftlichen und mündlichen Prüfung zusammensetzte. Allerdings flossen zu einem geringen Teil auch noch die Noten der Klassenarbeiten des Schuljahres in die Endnote ein.⁶⁷

4.3. Mittelschule für Mädchen

Die Mittelschule für Mädchen war zusammen mit den Mädchenklassen der Volksschule im Gebäude der heutigen Schillerschule untergebracht. Die Mädchen, die die Mittelschule besuchen wollten, konnten am Ende der Grundschule,

nach der vierten Klasse, auf die Mittelschule wechseln, mussten aber zuvor eine Aufnahmeprüfung ablegen. Die Mittelschule für Mädchen wurde 1921 von 103 Mädchen besucht. Diese Zahl stieg aber im Laufe der 1920er-Jahre an, da die Schule bis 1930 um zwei Klassen erweitert wurde.⁶⁸

Wie für die Realschule, musste auch für die Mittelschule für Mädchen Schulgeld bezahlt, und die Lernmittel selbst angeschafft werden. Auch wenn das Schulgeld bei Weitem nicht so hoch wie in der Realschule war, machte diese finanzielle Belastung es doch für einige Familien unmöglich ihr Kind auf die Mittelschule zu schicken. In Backnang waren es hauptsächlich Arbeiter, die ihre Töchter auf die Mittelschule schicken wollten. So beklagte im Jahr 1926 der damalige Rektor Karl Bäuerle: *Bis heute ist es für manches begabte Kind wegen des Schulgelds nicht möglich, die Mittelschule zu besuchen. Es kommt dazu noch, dass die Mittelschüler nicht lernmittelfrei sind.*⁶⁹

An der Mittelschule wurden die Mädchen in Religion, Biologie, Heimat- und Erdkunde, Naturkunde, Deutsch, Rechnen, Singen und Zeichnen unterrichtet. Im Unterschied zur Volksschule wurde eine Fremdsprache, nämlich Französisch und später Englisch gelehrt. Im Lehrplan waren außerdem zwei Jahre Unterricht in Stenografie und ein Jahr in Buchführung vorgesehen. Als freiwilliges Fach sollte Maschinenschreiben angeboten werden. Dieses Fach wurde 1928 von den Eltern der Schülerinnen gewünscht, damit sie ihre Töchter nicht mehr in eine Handelsschule nach Stuttgart zu schicken brauchten. Deshalb wurde der Gemeinderat gebeten, *die Mittel zur Anschaffung von zwei Schreibmaschinen zu willigen.* Zwar beschloss das Gremium, zwei neue Schreibmaschinen zu erwerben, diese jedoch auf dem Rathaus zu verwenden, da *es nicht zweckmäßig sei, Anfängerinnen neue Schreibmaschinen zu überlassen.*⁷⁰

Mit der Einrichtung des hauswirtschaftlichen Unterrichts bekamen die Mädchen der oberen Klassen auch Unterricht in Hauswirtschaft, Kochen

⁶⁵ Siehe dazu: Lothar Mertens: Bildungsprivileg und Militärdienst im Kaiserreich. Die gesellschaftliche Bedeutung des Einjährig-Freiwilligen Militärdienstes für das deutsche Bildungsbürgertum. – In: Bildung und Erziehung 43, 1990, 2, S. 217 bis 228.

⁶⁶ Fritz (wie Anm. 48), S. 29.

⁶⁷ Informationen von Anne Kiesecker und Friedel Rost, Backnang.

⁶⁸ StAB Bac F 049-1, Bü 7.

⁶⁹ Ebd.

⁷⁰ Ebd.

und Säuglingspflege. Dadurch bot die Mittelschule ihren Schülerinnen einen *vollständigen Abschluss einer erweiterten Volksschulbildung, die in einer ausgesprochenen Mädchenschule besonders auf die Bedürfnisse der zukünftigen Frauenberufe zugeschnitten ist, z. B. durch Betonung von Hausarbeit, Hauswirtschaft, Kochen, Säuglingspflege usw.*⁷¹ Durch den im Lehrplan vorgesehenen Unterricht in Stenografie, Buchführung und *auf freiwilliger Basis* Maschinenschreiben, waren die Mädchen *sehr gut für einen kaufmännischen Beruf geeignet und es war eine Erfahrungstatsache, dass gut die Hälfte der Mittelschülerinnen tatsächlich diese Berufslaufbahn einschlug.*⁷²

5. Fortbildungsschulen

5.1. Frauenarbeitsschule

Am 24. April 1893 eröffnete in Backnang eine (private) Frauenarbeitsschule, die von der Lehrerin Emilie Mäulen *auf eigene Gefahr und Rechnung* gegründet wurde. Sie bot folgende vier Kurse an:

- I. *Cours Handnähen mit Musterschnittzeichnen (Schulgeld 15 M)*
- II. *Cours Maschinennähen (Schulgeld 15 M)*



Schülerinnen der Backnanger Mittelschule für Mädchen.

III: *Cours Kleidernähen mit Wiener Musterschnitt (Schulgeld 20 M)*

IV. *Cours Weiß- und Buntsticken (Schulgeld 15 M).*

Ein *geeignetes Schullokal* nebst dessen *Beleuchtung und Heizung* wurde ihr seitens der Stadt im zwei Jahre zuvor eröffneten neuen Volksschulgebäude in der Bahnhofstraße zur Verfügung gestellt.⁷³ 1898 wurde die Frauenarbeitsschule dann eine *städtische Anstalt*, deren Zweck es war, *den Schülerinnen in den weiblichen Handarbeiten diejenige Ausbildung zu geben, die sie zur eigenen praktischen Ausübung im Haushalte brauchen.* Zusätzlich sollten sie in den Stand versetzt werden, *nachher, wenn nötig, eine selbstthätige Berufsthätigkeit (als Kleidermacherinnen u. ä.) auszuüben.*

Der Unterricht an der nun städtischen Backnanger Frauenarbeitsschule umfasste folgende Lehrfächer:

1. *Handnähen u. Flicken*
2. *Maschinennähen*
3. *Kleidernähen*
4. *Sticken*
5. *Zeichnen (Freihand-, Linear- u. Musterzeichnen).*

Der Unterricht fand vormittags von 8–12 Uhr und nachmittags von 14–17 Uhr statt und wurde in vier Kursen abgehalten, die sich über das Jahr verteilten. Am Ende eines jeden Kurses stand eine Prüfung. Neben dem Schulgeld mussten die Schülerinnen das für den Unterricht nötige Arbeitsmaterial auf eigene Kosten beschaffen. Etwas Geld verdienen konnten die Schülerinnen, indem sie Aufträge zum Flicker oder Fertigen von Kleidern annahmen.⁷⁴

Als Emilie Mäulen Mitte März 1911 Backnang verließ, wurde die Frauenarbeitsschule zunächst geschlossen. Allerdings fasste man eine Wiedereröffnung *nach Erstellung des neuen Volksschulgebäudes*, der heutigen Schillerschule, und der damit verbundenen *Schaffung geeigneter Räumlichkeiten* ins Auge. Es sollten dann zwei Lehrkräfte angestellt werden, *eine für Handweissenähen und Sticken und eine für Kleidernähen.*⁷⁵ Mit Ausbruch des Ersten Weltkriegs verzögerte

⁷¹ Ebd.

⁷² Ebd.

⁷³ MB vom 27. April 1893, S. 254; StAB Bac G 001-68, Bl. 18f. u. Bac G 001-69, Bl. 166.

⁷⁴ StAB Bac F 040-1, Bü 1 u. Bac G 001-69, Bl. 232.

⁷⁵ StAB Bac G 001-71, Bl. 357.

— Am Montag vormittag ist die hiesige Frauenarbeitschule eröffnet worden. Die Lehrerin Frln. Mäulen hat Kurs I und II (Handnähen und Maschinennähen) mit über 20 Schülerinnen begonnen. Kurs III u. IV hat bis jetzt bescheidene Teilnahme. Wir wünschen der Schule ein recht frohes Gedeihen.

Hinweis auf die Eröffnung der Frauenarbeitsschule (MB vom 27. April 1893).

sich die Wiedereröffnung allerdings. Erst zum 2. November 1915 konnte die Frauenarbeitschule, die nun im Turmschulhaus untergebracht war, mit 32 Schülerinnen und den beiden Lehrerinnen Frida Maier und Charlotte Martz ihren Unterricht wieder beginnen.⁷⁶

Nach dem Ersten Weltkrieg war der Andrang an der Schule mit 65 Anmeldungen so groß, dass im Frühjahr 1920 eine weitere 4. Klasse sowie die Anstellung einer weiteren Lehrerin notwendig wurde.⁷⁷ Allerdings scheint der Ansturm relativ schnell wieder nachgelassen zu haben, da die vierte Klasse noch im selben Jahr wegen ungenügenden Besuchs wieder eingestellt wurde.⁷⁸ Der nächste Kurs im ersten Halbjahr 1921 war dann mit 120 Anmeldungen (darunter 33 von auswärts) wieder so groß, dass die vorhandenen drei Lehrkräfte nicht mehr ausreichten und deshalb zwei weitere Lehrkräfte zumindest für die Dauer des Kurses auf Kosten der Stadtkasse eingestellt wurden, woraufhin man gleichzeitig das Schulgeld erhöhte. Aufgrund der fehlenden zusätzlichen Räume im Turmschulhaus musste zudem Schichtunterricht eingeführt werden.⁷⁹ Die allgemeine Raumnot an den Backnanger Schulen ging auch nicht an der Frauenarbeitsschule spurlos vorbei: So musste ab Sommer 1923 ein Kurs im evangelischen Vereinshaus untergebracht werden, der ein Jahr später dann ins Volksschulhaus umzog.⁸⁰

Die Frauenarbeitsschule war eine Fortbildungsschule und konnte vom 14. Lebensjahr an besucht werden. Laut einer Zeitzeugin wurde die Schule aber vor allem von 16- bis 18-jährigen Mädchen besucht, die die Volksschule beendet hatten und auf die Schule geschickt wurden, um im Haushalt besser mithelfen zu können und um vor der Heirat etwas Sinnvolles zu tun. Mädchen, die solch eine Schule besucht hatten, wurden auf dem Heiratsmarkt bevorzugt, da in den 1920er-Jahren in Kleinstädten und auf dem Land die Eltern und vor allem die Mütter die Ehepartnerinnen für ihre Söhne aussuchten. Der Besuch der Schule qualifizierte nur zur Hausfrau, Haushälterin oder Näherin bzw. Schneiderin, da man für Bürotätigkeiten Fertigkeiten wie Maschinenschreiben oder Stenografie benötigte, die an der Frauenarbeitsschule nicht gelehrt wurden.⁸¹

5.2. Haushaltsschule/Hauswirtschaftsschule

Zu Beginn der 1920er-Jahre gab es in Backnang Bestrebungen, die niemand befriedigende Fortbildungsschule der Mädchen in eine Haushaltsschule mit theoretischem und praktischem Unterricht umzuwandeln.⁸² Am 22. April 1922 fasste der Gemeinderat schließlich den Beschluss, grundsätzlich der Gründung einer Haushaltsschule zuzustimmen.⁸³ Die Umsetzung scheiterte jedoch immer wieder an der

⁷⁶ Ebd., Bl. 625 u. 636; MB vom 1. November 1915.

⁷⁷ StAB Bac G 001-72, S. 212.

⁷⁸ Ebd., S. 415.

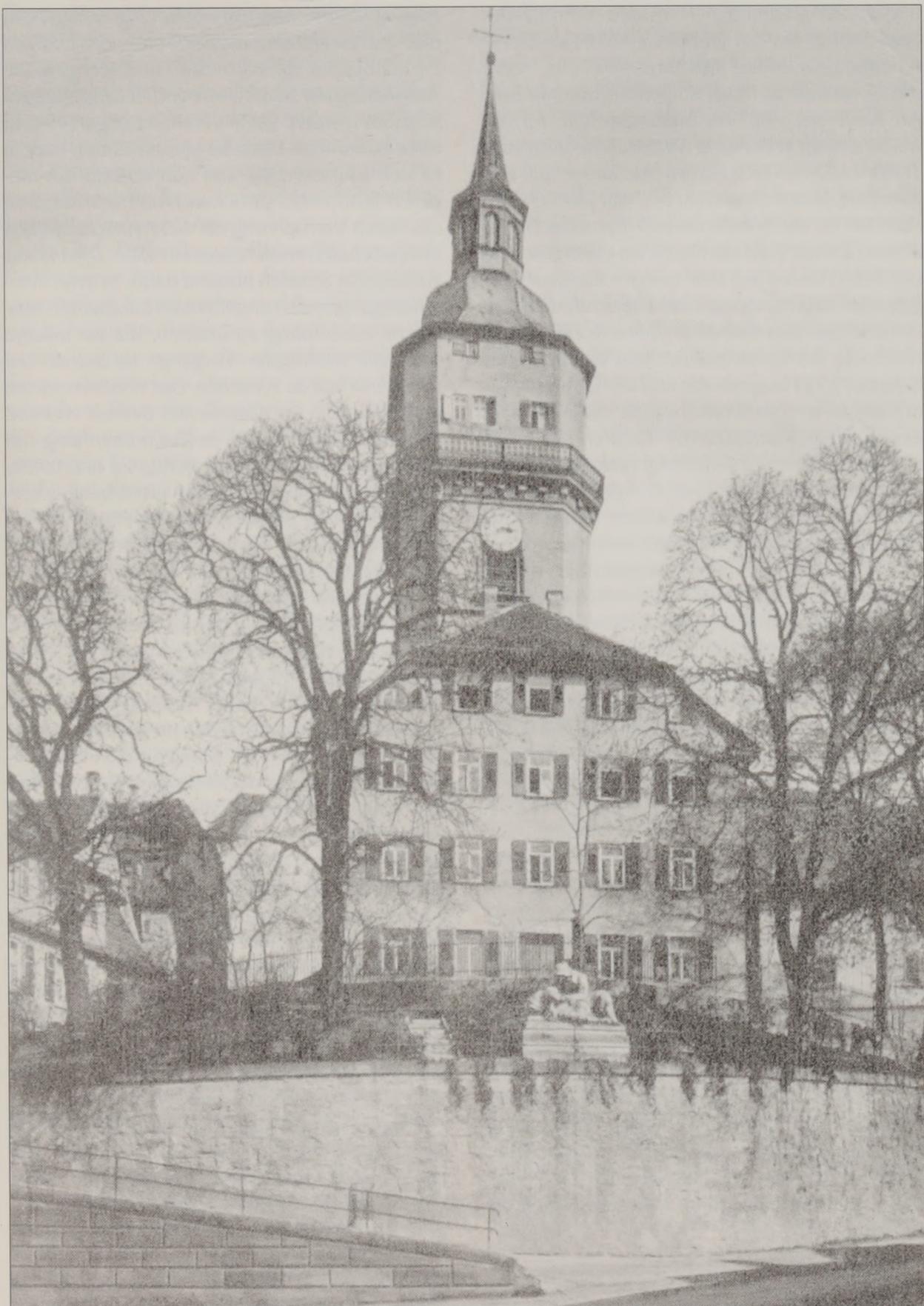
⁷⁹ Ebd., S. 573 f.

⁸⁰ StAB Bac G 001-73, S. 903 u. Bac G 001-74, S. 113.

⁸¹ Information von Friedel Rost, Backnang.

⁸² MB vom 14. Dezember 1920.

⁸³ StAB Bac G 001-73, S. 193 f.



Im Turmschulhaus waren im Laufe der Zeit sehr viele Schularten untergebracht, so auch die Frauenarbeitsschule in den 1920er-Jahren.

ungelösten Raumfrage. Deshalb schrieb der Ortsschulrat am 13. Dezember 1924 an Stadtschultheiß Dr. Albert Rienhardt (1877 bis 1953), der Gemeinderat möge Folgendes beschließen: *An Stelle der allg. Fortbildungsschule für die Mädchen der Volks- und Mittelschule wird vom 1. April 1925 an eine Hauswirtschaftsschule eingerichtet, deren Unterricht in 2mal jährlich 160 Stunden für die Schülerinnen zu erteilen ist. Zu diesem Zweck wird die Küche im Untergeschoss des Schulhauses mit den nötigen Geräten ausgestattet und zunächst eine Lehrstelle für eine unständige Hauswirtschaftslehrerin errichtet.*⁸⁴ Nachdem der Gemeinderat dem Vorhaben am 8. Januar 1925 zugestimmt und der Oberschulrat in Stuttgart wenige Wochen später die Errichtung einer *außerplanmäßige[n] Fachlehrstelle für Haushaltsunterricht* genehmigt hatte, konnte die Hauswirtschaftsschule am 1. April 1925 ihre Pforten im Volksschulhaus öffnen und ein Jahr später ihre erste Abschlussfeier veranstalten.⁸⁵

Die bestehende Fortbildungsschule wurde allerdings nicht durch die Hauswirtschaftsschule ersetzt und es bestanden beide Schulen nebeneinander und ergänzten sich. Die gewachsene Bedeutung der Hauswirtschaftsschule, die organisatorisch und räumlich zur Volksschule gehörte, zeigte sich schließlich auch darin, dass die Stelle der Hauswirtschaftslehrerin seit September 1929 *ständig*, und nicht mehr nur außerplanmäßig wie zuvor, besetzt wurde.⁸⁶

5.3 Landwirtschaftliche Winterschule

In einem Gesetzentwurf des Württembergischen Landtages über die Landwirtschaftsschulen datiert auf den 30. April 1923 wird die Einrichtung solcher Institutionen befürwortet, da *der Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens [...] in weitem Umfang durch eine nachhaltige beträchtliche Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse bedingt sei*. Diese Steigerung setze *aber vor allem die weitere Ausbreitung und Verbesserung der fachlichen Ausbildung der Landwirte voraus*. Deshalb sei das Ziel, dass *jeder ausübende Landwirt über ein bestimmtes*

Maß landwirtschaftlicher Schulung verfügt. Um dies zu erreichen, *müssen die notwendigen Einrichtungen für eine zeit- und fachgemäße Ausbildung der heranwachsenden Landwirte geschaffen werden*. Da in Württemberg klein- und mittelbäuerliche Betriebe vorherrschten, handle es sich *in erster Linie um den Ausbau des niederen landwirtschaftlichen Unterrichtswesens* das durch *Vermehrung der landwirtschaftlichen Winterschulen* erreicht werden solle. Die Hauptaufgabe der Schulen bestand darin, *in zwei Winterlehrgängen den angehenden Landwirten eine solche Ausbildung zu erteilen, die sie instand setzt, die wichtigsten Vorgänge im Betrieb der Landwirtschaft zu verstehen*. Des Weiteren sollten sie lernen, *die im bäuerlichen Betrieb vorkommenden Geschehnisse in Zusammenhang mit der Gesamtlandwirtschaft richtig zu beurteilen*. Außerdem sollte die *früher erworbene allgemeine Bildung gefestigt und erweitert und auf die Förderung der staatsbürgerlichen und sittlichen Erziehung Bedacht genommen werden*.⁸⁷

Ein weiterer wichtiger Aspekt war die Steigerung und Optimierung der landwirtschaftlichen Produktion, da Deutschland aufgrund des verlorenen Krieges im Osten große Gebietsverluste hinnehmen musste. Diese Gebiete waren landwirtschaftlich und durch den preußischen Großgrundbesitz geprägt. Sie waren für die Sicherstellung der Ernährung der deutschen Bevölkerung sehr wichtig. Da dieser Gebietsverlust kompensiert werden musste, bemühte man sich, z. B. durch den Einsatz von Düngemitteln, den Ertrag zu steigern. Der Präsident der Zentralstelle für die Landwirtschaft in Stuttgart, von Sting, äußerte sich dazu anlässlich der Abschlussfeier der landwirtschaftlichen Winterschule in Backnang am 13. März 1923: *Nach dem unglücklichen Ausgang des Krieges und nach dem Schandfrieden von Versailles ist es unsere Aufgabe, die landwirtschaftliche Erzeugung zu steigern und aus dem Boden so viel als möglich herauszuholen*.⁸⁸

Die Fächer der landwirtschaftlichen Winterschule gliederten sich in drei Hauptgruppen: Die erste Gruppe wurde *landwirtschaftliche Fächer* genannt und war wiederum in *Pflanzenbau*,

⁸⁴ StAB Bac F 043-1.

⁸⁵ Ebd.; MB vom 19. März 1926.

⁸⁶ StAB Bac F 043-1.

⁸⁷ Das Folgende entstammt, sofern nicht anders angegeben: StAB Bac F 045-1.

⁸⁸ MB vom 16. März 1923.

Tierzucht und *Betriebslehre* unterteilt. Die Lehrplaneinheit *Pflanzenbau* umfasste den *allgemeinen Acker- und Pflanzenbau* einschließlich *Düngerlehre*, den *speziellen Pflanzenbau*, den *Obstbau* sowie *Pflanzenkrankheiten: nützliche und schädliche Tiere* und *Maschinenkunde*. Bei der Lehrplaneinheit *Tierzucht* wurden die Themen *allgemeine Tierzucht und Fütterungslehre*, *spezielle Tierzucht*, *Milchwirtschaft*, *Kleintierzucht* und *Tierheilkunde* behandelt. Im Fach *Betriebslehre* bekamen die Schüler schließlich Unterricht in *Betriebslehre und Buchführung* sowie in *landwirtschaftlichen Berechnungen*. Die zweite Gruppe waren die *allgemeinen Fächer*, die aus den Fächern *deutsche Sprache*, *Schön-schreiben*, *Rechnen*, *Geometrie und Feldmes-sen*, *Zeichnen*, *Physik*, *Chemie* und *Bürgerkunde* bestanden. Die dritte und letzte Gruppe waren die *Fächer, deren Einführung der Schule freisteht*. Dazu konnten unter anderem *Waldbau* oder *Erste Hilfeleistung bei Unglücksfällen* gehören. Außerdem wurde den Schülern empfohlen, *sich an turnerischen Übungen zu beteiligen*.

Wie kam es nun zur Gründung einer landwirtschaftlichen Winterschule in Backnang? Seit dem 21. Dezember 1920, als in der Hauptversammlung des landwirtschaftlichen Bezirksvereines beschlossen wurde, der Errichtung einer landwirtschaftlichen Winterschule in Backnang *näher zu treten*, beschäftigte sich der Backnanger Gemeinderat, der einen besonderen Ausschuss zur Weiterbehandlung der Sache gebildet hatte, mit diesem Thema. Backnang wurde aufgrund seiner guten Verkehrsanbindung, der Lage an der Bahnstrecke zwischen Schwäbisch Hall und Stuttgart und aufgrund seines großen landwirtschaftlichen Hinterlandes ausgewählt. Allerdings gestaltete sich die Suche nach geeigneten Räumen aufgrund der angespannten Haushaltslage der Stadt unerwartet schwierig. Die gesuchten Räumlichkeiten mussten groß genug sein, um die erwarteten 110 bis 150 Teilnehmer aus den Bezirken Backnang, Marbach, Gaildorf und Waiblingen unterzubringen. Als geeignete Räumlichkeit fasste man zunächst den Saal in der Gaststätte „Limpurg“, die einer Esslinger Brauereigesellschaft gehörte, ins Auge. Nach Prüfung des Vorschlags kam man zu dem Schluss, dass der „Limpurgsaal“ zwar schwer heizbar sei, jedoch den Vorteil hätte, dass Tische und Stühle angemietet werden könnten und deshalb nicht angeschafft

werden müssten, wodurch man zwar spätere höhere Unterhaltskosten, dafür aber geringere Einrichtungskosten gehabt hätte. Da die Kosten für einen anvisierten Kauf der „Limpurg“ ziemlich hoch waren und die Verhandlungen mit der Esslinger Brauereigesellschaft schließlich scheiterten, sah sich der Gemeinderat nach Alternativen um: In Betracht gezogen wurde noch der „Engelsaal“, dessen Pächter auch einverstanden gewesen wäre, doch der Eigentümer, die Brauerei Wulle aus Stuttgart, lehnte ab. Des Weiteren wurden die Möglichkeiten ins Auge gefasst, die Schule im Saal der Wirtschaft „Zum deutschen Kaiser“, in den Verwaltungsgebäuden der landwirtschaftlichen Bezugs- und Absatzgenossenschaft oder gar in der Scheune eines Gemeinderats in der Schillerstraße unterzubringen. Als das Backnanger Lehrerseminar im März 1922 zusagte, dass die Schule ins *Erdgeschoss der Präparandenanstalt* in der Gerberstraße 27/29 einziehen könnte, schien eine Lösung gefunden zu sein. Allerdings wurde nach Prüfung der Räumlichkeiten festgestellt, dass die notwendigen Bau- und Einrichtungskosten zu hoch geworden wären.

Zum Schluss besichtigte der Ausschuss die Volksschule in der Bahnhofstraße, um festzustellen, ob dort passende Räumlichkeiten vorhanden wären. Man kam zu dem Schluss, dass *der Zeichensaal hierfür nicht bloß ganz besonders geeignet ist, sondern dass auch seine Benutzung ohne stärkere Beeinträchtigung des Schulbetriebs möglich wäre*. Deshalb richtete man an das Rektorat der Volksschule die Bitte, *Einleitung dafür treffen zu wollen, dass der Zeichensaal etwa von Mitte Oktober ab bis Mitte März für die Winterschule frei gemacht wird*. Obwohl sich der Lehrerrat zunächst gegen diese Lösung aussprach, *da beide Zeichensäle zur Durchführung des vorgeschriebenen Unterrichtsbetriebs unentbehrlich sind*, konnte am 21. Juni 1922 folgender Kompromiss beschlossen werden: Die Winterschule wurde *vorläufig im Zeichensaal des Knabenschulhauses* untergebracht, während der Volksschule als Ausgleich für den Verlust des Raumes *die Baracken im Schulhof* überlassen wurden.

Daraufhin erfolgte im „Murrthal-Bote“ der Aufruf, dass kein Landwirt mehr versäumen solle, *seinem Sohn die als notwendig erkannte Ausbildung zu teil werden zu lassen* und ihn *bis spätestens 15. September* an der landwirtschaftlichen

Winterschule anzumelden.⁸⁹ Diesem Aufruf folgten erfreulicherweise 75 junge Männer im Alter zwischen 19 und 30 Jahren, von denen jedoch 22 zurückgewiesen werden mussten, da sich die *provisorische Unterkunft der Schule im neuen Volksschulgebäude schon als zu klein erwies*.⁹⁰ Am 13. November 1922 erfolgte schließlich die offizielle Eröffnung der landwirtschaftlichen Winterschule in Backnang, die unter der Leitung des Landwirtschaftslehrers Schmid stand.⁹¹

Genau vier Monate später, am 13. März 1923, fand die erste *Prüfungs- und Schlußfeier* der landwirtschaftlichen Winterschule im Bahnhofhotel statt. Insgesamt hatten 56 Schüler den Kurs absolviert, von denen immerhin 52 den geplanten Oberkurs 1923 besuchen wollten.⁹² Damit musste im Volksschulgebäude ein weiterer Schulsaal freigemacht werden, um den zweiten Kurs unterbringen zu können. Letztlich nahmen am 5. November 1923 47 Schüler im Unter- und 33 im Oberkurs am Unterricht teil. Neben dem Schulvorstand Schmid und einem zweiten Landwirtschaftslehrer namens Bohner unterrichteten noch

zahlreiche weitere Lehrer der verschiedenen Backnanger Schulen an der landwirtschaftlichen Winterschule.⁹³

Das Problem der Raumfrage wurde 1927 wieder aktuell, da *ein Verbleiben der Landwirtschaftsschule in der Volksschule für das kommende Winterhalbjahr nicht mehr möglich* war. Am 29. April 1927 konnte schließlich vereinbart werden, dass die landwirtschaftliche Winterschule ins Lehrerseminar umziehen konnte, obwohl schon zu diesem Zeitpunkt klar war, dass diese Unterbringung nur provisorisch sein konnte, da das Seminar voraussichtlich die Räume bald wieder selbst benötigen würde. Ein Jahr später war es bereits so weit: Das Seminar konnte für das Winterhalbjahr 1928/29 nur noch einen Lehrsaal zur Verfügung stellen, woraufhin wieder nach Alternativen gesucht werden musste, da eine räumliche Trennung der beiden Kurse der landwirtschaftlichen Winterschule aus organisatorischen Gründen (erhöhter Bedarf an Lehrkräften und Lehrmitteln) nur schwer möglich schien. Nachdem erneut die Präparandenanstalt

Ämliche Bekanntmachungen.

Oberamt Backnang.

Landwirtschaftliche Winterschule.

Die Zentralstelle für die Landwirtschaft hat mit Rücksicht auf die diesjährigen besonderen Verhältnisse den Beginn des Unterrichts in der Landwirtschaftlichen Winterschule auf Montag, den 13. November 1922 festgesetzt, anstatt, wie ursprünglich vorgesehen war, auf Montag, den 6. Nov. 1922. Die Schüler werden aufgefordert, an diesem Tag, vormittags 9 Uhr sich im Lehrsaal, Volksschulgebäude 2. Stock in Backnang einzufinden.

Den 19. Okt. 1922.

Dr. Klump.

Öffentliche Bekanntmachung zur Eröffnung der Landwirtschaftlichen Winterschule (MB vom 20. Oktober 1922).

⁸⁹ MB vom 7. August u. 2. September 1922.

⁹⁰ MB vom 6. November 1922.

⁹¹ MB vom 14. November 1922.

⁹² MB vom 16. März 1923.

⁹³ MB vom 20. März 1924.

als Ausweichsdomizil ins Auge gefasst war, konnte am 30. Juli 1928 das Gebäude der Konkurs gegangenen Schuhfabrik Zebert & Honer am Etwiesenweg käuflich erworben werden, *in dem sofort die Schulräume eingerichtet werden, so dass im Spätjahr der Schulunterricht dort stattfinden kann.* Am 5. November 1928 konnten die neuen Räumlichkeiten eröffnet werden: *2 Unterrichtssäle: 1 großer Saal mit Einrichtung für die Vorführung von Lichtbildern, 1 kleiner Lehrsaal, 1 geräumiges Lehrmittelzimmer, sowie anschließend ein Zimmer für die physikalischen Versuche.*⁹⁴ Damit war die Raumfrage auf Jahre hinaus gelöst.⁹⁵

Fazit

Betrachtet man das Backnanger Schulwesen in den 1920er-Jahren, lässt sich feststellen, dass die Schulbildung trotz verschiedener Reformen immer noch sehr stark von der finanziellen Situation der Familie abhing. Vielen Familien war es nicht möglich, ihre Kinder auf die Realschule zu schicken, da sie sich das Schulgeld nicht leis-

ten konnten. Da die Familien zumeist auch viel größer waren als heute, mussten die Kinder möglichst schnell die Schule verlassen, um arbeiten zu gehen und zum Familienunterhalt beizutragen. Ein weiterer wichtiger Punkt war die schlechte wirtschaftliche Situation in Deutschland, die sich auch auf die Kommunen auswirkte. Aufgrund der fehlenden finanziellen Mittel konnten keine neuen Lehrer eingestellt werden und deshalb waren die Klassen mit durchschnittlich 45 Schülern sehr groß, was zulasten der Qualität des Unterrichts ging.

Erstaunlich ist das große Fächerangebot in der Realschule mit Lateinabteilung, die bereits in den 1920er-Jahren über ein Angebot verfügte, das durchaus dem der heutigen Schulen entspricht. Beachtlich ist auch die große Anzahl der Schulangebote speziell für Mädchen, die neben den herkömmlichen Schulen noch die Frauenarbeitschule, Haushaltsschule und Mittelschule für Mädchen besuchen konnten. Man muss jedoch feststellen, dass diese Schularten Mädchen weniger allgemein ausbildeten, sondern entsprechend dem damals vorherrschenden Geschlechterbild eher in Richtung Hausfrau und Mutter drängten.

⁹⁴ MB vom 7. November 1928.

⁹⁵ Zur weiteren Geschichte der Schule siehe: 75 Jahre Landwirtschaftsschule Backnang, [1997].